



Redetext Cédric Wermuth Co-Präsident SP Schweiz, Nationalrat AG

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir treffen uns leider einmal mehr online, anstatt wie gewünscht physisch. Aber: Die Situation sieht entschieden anders aus als am letzten Parteitag. Wir stehen vielleicht am Vorabend des Endes der Pandemie. Der Grund dafür, dass das so ist, haben wir dem Einsatz aller Menschen in diesem Land zu verdanken, vor allem natürlich im Gesundheitswesen. Politisch trägt der Erfolg einen Namen: Alain Berset. Natürlich, es gibt immer Grund für Kritik und dafür muss auch Raum sein, aber wir können stolz sein. Die SP hat seit Beginn der Pandemie darum gekämpft, dass erstens der Schutz der Bevölkerung, vor allem der Schwächsten, zuerst kommt. Zweitens dafür, dass auch wirtschaftlich niemand zurückgelassen werden darf. Und drittens, dass die Massnahmen das Gesundheitswesen vor Überlastung schützen, unsere Grundrechte aber nicht mehr als jeweils nötig eingeschränkt werden. Jetzt ist aber die Zeit gekommen für vorsichtige, aber entschiedene Schritte hin zur Normalisierung. Mit einigen Einschränkungen werden wir vorläufig weiterleben müssen. Und das ist auch richtig. Niemals nämlich darf uns die Gefährdung verletzlicher Gruppen egal sein.

Zweifellos haben wir in den vergangenen zwei Jahren eine Solidarität gesehen, die beeindruckend war. Erstmals hat sich mit der Pflegeinitiative ein gewerkschaftliches Anliegen an der Urne durchgesetzt, weil deutlich wurde, wie wichtig ein Service public mit guten Arbeitsbedingungen für das Funktionieren einer Gesellschaft ist. Das ist aber leider nur die eine Seite der Medaille. Vor etwas mehr als 20 Jahren habe ich begonnen, mich politisch zu engagieren, weil damals in der Schweiz Neonazis unbehelligt Neonazis sein durften. Meine Freunde und ich trugen unseren Protest mit «¡No Pasarán!»-Stickers an den Schulranzen und Leser:innenbriefen an die Öffentlichkeit. Das Resultat waren die ersten Morddrohungen meines Lebens und ein des nachts verwüsteter Familiengarten. Ich habe mir damals geschworen, dass diese Typen mich niemals werden einschüchtern können. Jetzt sind sie wieder da. Was vor zwei Jahren als legitime Bewegung von Massnahmegegner:innen begann – auch wenn ich ihre Inhalte nie teilen konnte – ist heute bis aufs Knochenmark von faschistischen Kräften unterwandert. Wenn, wie vor zwei Wochen in Bern geschehen 2000 Menschen es zulassen, von einer Gruppe von offenen Neonazis angeführt zu werden, dann müssen bei allen Demokratinnen und Demokraten die tiefroten Warnlichter blinken. Der Antifaschismus ist im Herzen der Sozialdemokratie. So hart wir die bürgerliche Demokratie für

ihre Defizite immer kritisiert haben und kritisiert werden, so entschieden verteidigen wir sie gegen ihre Feinde. Ich hätte nicht geglaubt, dass ich die «¡No Pasarán!»-Aufkleber nochmals aus dem Keller raufholen muss. Aber ich weigere mich, wir weigern uns, unseren Töchtern und Söhnen ein Land zu überlassen, in dem dieses Pack seine braunen Parolen unwidersprochen skandieren. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Und als solches gehört er auch behandelt. Wir rufen deshalb die Behörden auf, faschistische Aufmärsche immer zu unterbinden, wenn es die rechtliche Situation zulässt. Und wir stellen uns als Teil der Zivilgesellschaft aktiv dieser Bedrohung entgegen.

Gerade die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie extrem wichtig eine aufgeschlossene Zivilgesellschaft ist, um rechtsextremen Verschwörungstheorien entgegenzutreten. Und mit ihr eine lebendige Medienlandschaft. Nein, das Medienpaket ist nicht perfekt. Und ja, die auch die Chefredaktionen der Schweizer Zeitungen sind in den letzten Jahren nach Rechts gerutscht, das spüren wir jeden Tag. Aber um die oben geht es nicht. Es geht um die hunderten Journalist:innen unten in den Redaktionen, die ihren Job versuchen, so gut wie möglich zu machen. Die an ihren Auftrag glauben. Ich habe in meiner Zeit in Bern dutzende von ihnen kennen gelernt, in allen Zeitungen, ja, auch in jenen mit den grossen Buchstaben. Für sie und ihre Unabhängigkeit kämpfen wir immer, ob uns passt was sie schreiben oder nicht. Weder die grossen Konzerne, noch die Blocher- und Tettamanti-finanzierten Rechtsaussen-Postillen brauchen dieses Gesetz. Die überleben sowieso. Die Frage, die sich am 13. Februar stellt, ist: Garantieren wir, dass Konzernzentralen der Zürcher Medienhäuser und der Rechtsblätter wenigstens einigermaßen Paroli geboten werden kann von überzeugten Journalist:innen und unabhängigen, kleinen Medien oder nicht. Und diese Antwort fällt für die SP klar aus.

Das Abstimmungswochenende vom 13. Februar stellt, wenn wir Glück haben, so etwas wie den Auftakt zum Ende der Pandemie dar. Umso stossender ist, was das rechtsbürgerlich dominierte Parlament an diesem Abstimmungssonntag und darüber hinaus im ganzen Jahr der Bevölkerung als Nach-Krisen-Programm vorschlägt: Milliardensubventionen für das Kapital mit der Abschaffung der Industriezölle, der Stempelsteuer und der Verrechnungssteuer und gleichzeitig die Aussicht auf Rentenkürzungen für die Frauen bei der AHV, die Erhöhung des Rentenalters für alle, Kürzungen in der 2. Säule. Naomi Klein nannte diese Strategie einmal Katastrophen-Kapitalismus: Jede Krise versucht das Kapital zu nutzen, um seine Vorherrschaft und seine Privilegien zu stärken. Sie arbeiten die Wunschliste aus den Konzernzentralen Punkt für Punkt ab wie folgsame Schuljungen.

In steuer- und wirtschaftspolitischen Fragen tritt der rechte Block geschlossen auf. Vorneweg die Banker, Absolventen von amerikanischen Elite-Unis und Multimilliardäre der SVP, Matter, Aeschi und Martullo. Sie diktieren den Kurs. In ihrem Schlepptau und ohne viel Widerrede GLP, Mitte und FDP – die Mühe zu einer eigenen Position machen sie sich nicht einmal. Die Taktik ist klar: Möglichst viele Vorlagen in kleinen Stücken, damit wir nicht nachkommen mit Referenden. Aber damit haben sie sich gewaltig geschnitten. Die Sozialdemokratie wird das

Volk in diesem Land gegen den erneuten Plünderungsversuch aus den Konzernzentralen mit aller Kraft und jedem nötigen Referendum verteidigen.

Und nicht nur das, Genossinnen und Genossen, Mattea hat es bereits gesagt: Es ist Zeit, in die Offensive zu gehen. Und das nicht zuletzt in einer Frage, die Mattea und mir ganz zentral am Herzen liegt. Ja, wir sind echt stolz, heute mit euch die Initiative für einen flächendeckende und bezahlbare Kinderbetreuung lancieren zu können. Sie antwortet erstens auf ein akutes, ganz konkretes Bedürfnis der jungen Eltern in diesem Land. Die krassen Unterschiede im Angebot und der Qualität der Kinderbetreuung gerade zwischen Stadt und Land sind nicht mehr zu rechtfertigen. Es kann nicht sein, dass die Chance, das Familienmodell frei zu wählen, derart krass wie heute vom Wohnort abhängt, weil die Kita zu teuer ist oder es schlicht gar keine gibt. Den Service public auf dem Land ausbauen, das ist die Antwort auf jene, die den Stadt-Land-Konflikt hochschaukeln wollen. Und zweitens ist die Kita-Initiative auch eine Antwort auf den bürgerlichen Angriff. Für die Rechten ist die Gesellschaft eine Pyramide: Zuoberst stehen die selbst ernannten Leistungsträger:innen. CEOs, Kapitalisten und Manager. Wenn diese genug Privilegien haben, dann tropft mit etwas Glück auch etwas Reichtum auf alle anderen runter. Zuunterst sind in diesem Modell jene, die scheinbar nur «kosten»: Gerade eben Menschen in Care-Berufen, vor allem Frauen. Tatsächlich aber funktioniert Ökonomie genau umgekehrt, wie alle Mütter und Väter dieses Landes wissen. Wir sind vor sechs Jahren aus dem Ostargau und Luzern in den Westargau gezogen. Und wie das so ist, kennen ja alle Regionen ihre eigenen Feiertage. So stehe ich dann mit einem Kleinkind morgens um 7 – deutlich vor 8, wohlgermerkt – vor der Kita und diese ist geschlossen wegen einem solchen regionalen Feiertag. Wenn dann dein Zug in 20 Minuten fährt und du dringend in Bern sein musst um 8, dann weisst du ganz genau, wo Wert entsteht. Wert kommt von unten, aus den Betrieben, aus den Büros und eben genau auch aus dem Care-Bereich, wo sich Menschen um andere Menschen kümmern. Jemand hat die Kita-Initiative einmal als fast schon revolutionär betitelt. Das stimmt vielleicht. Allerdings will sie nichts auf den Kopf stellen, sondern eine Gesellschaft, deren Werthaltung auf dem Kopf steht, wieder auf die Füße stellen. Die Kita-Initiative ist ein zentraler Beitrag zur Aufwertung der Care-Arbeit, zur Verbesserung der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen und für mehr Chancengleichheit unter unseren Kindern.

Machen wir uns auf: Für die Gleichstellung, für den Feminismus!